

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Digital Services Act

„Historische Einigung“ auf
Gesetz für digitale Dienste

Seite 3

IM FOKUS

Migrationspaket

Europa setzt auf Fachkräfte
aus Drittstaaten

Seite 4

Kohäsionsfonds

20 Mrd. Euro für neue
Projekte in Deutschland

Seite 5



Die EU ist auf einen russischen Gas-Lieferstopp vorbereitet. Die Investitionen in Gas-Infrastrukturen zeigen jetzt ihre Wirkung.

© Shutterstock

UKRAINE

Von der Leyen verurteilt russischen Erdgas-Lieferstopp

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Stopp von russischen Erdgaslieferungen an die Mitgliedstaaten Polen und Bulgarien als „nicht akzeptabel“ zurückgewiesen. „Die Ankündigung von Gazprom, die Gaslieferungen an Kunden in Europa einseitig zu stoppen, ist ein weiterer Versuch Russlands, Europa zu erpressen“, erklärte von der Leyen.

> „Wir werden sicherstellen, dass die Auswirkungen der Entscheidung auf die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher so gering wie möglich sind“, ergänzte die Präsidentin. Zugleich betonte sie, dass die EU ihre Anstrengungen verstärke, sich von fossilen Brennstoffen aus Russland zu lösen. Mit der Initiative REPowerEU hatte die Kommission im März aufgezeigt, wie die EU deutlich vor 2030 vom Import russischer Energie unabhängig werden und ihre Abhängigkeit schon in diesem Jahr deutlich reduzieren kann. Litauen, Estland und Lettland hatten Gasimporte aus Russland zum 1. April gestoppt.

Die EU und ihre Partner sicherten Polen und Bulgarien ihre Unterstützung zu. „Die Mitgliedstaaten haben in enger Abstimmung mit der Kommission solidarisch Notfallpläne für ein solches Szenario ausgearbeitet“, betonte von der Leyen. Polen und Deutschland hatten zuvor bereits einen Verzicht auf Ölimporte aus Russland angekündigt und eine enge Kooperation bei der

Suche nach alternativen Liefermöglichkeiten vereinbart. Die EU-Kommission hatte unmittelbar nach der russischen Invasion in der Ukraine die Koordinierung der Mitgliedstaaten bei der Suche nach alternativen Energiepartnern übernommen. „Ich werde weiter mit den Staats- und Regierungschefs in Europa und auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, um die Sicherheit der Energieversorgung in Europa zu gewährleisten“, bekräftigte von der Leyen.

EU weitet Hilfe für Ukraine aus

Die Präsidentin warnte Russland angesichts der neuen militärischen Offensive vor weiteren Sanktionen und sagte der Ukraine weitere Unterstützung zu. „Wir werden unsere Sanktionen gegen Russland weiter verschärfen und die Finanz- und Sicherheitshilfe für die Ukraine verstärken“, erklärte von der Leyen nach Beratungen im Kreis der G7. Die Präsidentin sprach sich auch für zügige Waffenlieferungen an die Ukraine aus. >>

ZUSAMMENARBEIT

EU und Indien vertiefen Beziehungen

Die EU und Indien wollen wieder über ein Freihandelsabkommen verhandeln. „Die Europäische Union betrachtet die Partnerschaft mit Indien als eine ihrer wichtigsten Beziehungen für das kommende Jahrzehnt, und die Stärkung dieser Partnerschaft hat für uns Priorität“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einem Besuch in Neu Delhi.

Unter anderen wurde die Gründung eines Handels- und Technologierats EU-Indien besiegelt. Dieses Gremium wird Fragen des Handels, vertrauenswürdiger Technologie und Sicherheitspolitik erörtern. Einen Handels- und Technologierat unterhält die EU bislang nur mit den USA.

Handelsrat EU-Indien

„Dieser Besuch hat mich noch einmal bestärkt, der Ukraine beizustehen, alles dafür zu tun, damit sie diese brutale und durch nichts zu rechtfertigende Aggression Russlands abwehren kann.“

Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission

Deutsche Hilfen für die Wirtschaft gebilligt

Die EU-Kommission hat Wirtschaftshilfen der Bundesregierung zur Unterstützung von deutschen Unternehmen, die von der russischen Invasion in der Ukraine betroffen sind, in Höhe von 20 Mrd. Euro genehmigt. „Das ist ein wichtiger Schritt zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Wladimir Putins Krieg gegen die Ukraine“, erklärte Margrethe Vestager, die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission. Wie schon während der Pandemie hatte die Kommission zeitlich befristete Ausnahmeregelungen für staatliche Beihilfen beschlossen.

>> „Für alle Mitgliedstaaten gilt: Wer kann, sollte schnell liefern, denn nur dann kann die Ukraine in ihrem akuten Abwehrkampf gegen Russland bestehen“, mahnte die Präsidentin. Die EU hatte zuvor ihre Militärhilfe für die Ukraine um 500 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro aufgestockt. „Die Ukraine muss das bekommen, was sie zur Verteidigung braucht und was sie handhaben kann“, bekräftigte die Präsidentin. Mehrere Mitgliedstaaten der EU, darunter Deutschland, lieferten dem Land schweres Gerät. Deutschland kooperierte dabei auch mit dem EU-Mitglied Slowenien.

Von der Leyen sicherte der Ukraine auch die Unterstützung der EU bei der Aufklärung russischer Kriegsverbrechen im Land zu. „Wir haben das grausame Gesicht von Putins Armee gesehen, wir haben die Rücksichtslosigkeit und die Kaltherzigkeit gesehen, mit der sie die Stadt besetzt hat“, sagte von der Leyen nach einem Besuch im ukrainischen Butscha. Insgesamt stellt die EU 7,5 Mio. Euro für die Ermittlungen rund um russische Kriegsverbre-

chen in der Ukraine bereit. Die Kommission leitete auch die rechtlichen Voraussetzungen ein, damit die europäische Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) Beweismaterial für Kriegsverbrechen sichern und mit anderen Behörden wie dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) teilen kann. „Diese Gräueltaten dürfen und werden nicht ohne Folgen bleiben. Diejenigen, die diese abscheulichen Verbrechen begangen haben, dürfen nicht ungestraft davonkommen“, mahnte die Präsidentin.

In Butscha waren nach dem Abzug russischer Truppen Hunderte von ermordeten ukrainischen Zivilisten entdeckt worden. Von der Leyen war Anfang April in die Ukraine gereist. „Meine Botschaft lautet, dass die Ukraine zur europäischen Familie gehört“, sagte von der Leyen nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selsenkjy zur Beitrittsperspektive des Landes.

Weitere Geberkonferenz am 5. Mai

Gemeinsam mit Kanadas Regierungschef Justin Trudeau hatte von der Leyen Anfang April in Warschau zur Geberkonferenz „Stand up for Ukraine“ geladen. Insgesamt wurden rund 9,1 Mrd. Euro für das Land mobilisiert, davon allein 1 Mrd. Euro von der EU-Kommission. Wegen der Folgen des Ukraine-Kriegs stockt die EU ihren Haushalt 2022 um 99,8 Mio. Euro auf. „Wir werden auch weiterhin Hilfe leisten“, kündigte von der Leyen an. Die Geberkonferenz erfolgte im Rahmen der Initiative „Global Citizen“. Rund 4,1 Mrd. Euro der eingeworbenen Mittel werden für Kriegsflüchtlinge eingesetzt. Für den 5. Mai kündigte die EU eine weitere Geberkonferenz an, unter anderem gemeinsam mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds IWF.

Seit der russischen Invasion in der Ukraine haben gut 5,2 Millionen Kriegsvertriebene die Ukraine verlassen, davon sind rund 2,9 Millionen Menschen nach Polen geflohen. Mehr als 7,7 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. „Mit jeder Spende wird einem Flüchtling in der Europäischen Union geholfen. Aber genauso wichtig ist Folgendes: Jede Spende hilft den Binnenvertriebenen, die aufgrund der Bomben- und Raketenangriffe von Putins Armee ihre Heimat innerhalb der Ukraine verloren haben“, sagte von der Leyen. In Deutschland sind bisher offiziell rund 380.000 Flüchtlinge registriert. (pr) >|

■ Energiesicherheit

Kriegsvertriebene aus der Ukraine

Insgesamt sind bis zum 25. April 5.264.767 Menschen aus der Ukraine vor dem russischen Angriffskrieg in Nachbarländer geflüchtet.



Quelle: Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)
Karte: Shutterstock

DIGITAL SERVICES ACT

Von der Leyen begrüßt „historische Einigung“ auf Gesetz für digitale Dienste

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Einigung zwischen Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament auf ein Gesetz für digitale Dienste als „historisch“ gewürdigt. „Mit dem Gesetz werden die Grundregeln für alle Online-Dienste in der EU verbessert“, sagte von der Leyen. Der Digital Services Act (DSA) sieht unter anderem vor, dass Hassreden schneller aus dem Internet gelöscht werden. Zudem müssen Plattformbetreiber umfassend gegen Angebote mit gefälschten Waren auf ihren Seiten vorgehen. Auf nutzerbasierten Seiten wie Facebook oder Ebay wird personalisierte Werbung unterbunden. Für Internetdienste mit mehr als 45 Millionen Nutzerinnen und Nutzern in der EU greift zudem künftig eine europäische Aufsicht.

Die Kommission hatte den Digital Services Act Ende 2020 gemeinsam mit dem Digital Markets Act (DMA) auf den Weg gebracht, einer Regelung, die Standards für den Online-Marktplatz festlegt und bereits besiegelt wurde. So dürfen Anbieter eigene Dienste bei Suchanfragen nicht bevorzugen. „Seien es Autohersteller oder soziale Medien – jedes Unternehmen, das seine Dienste in Europa anbietet, muss unsere Gesetze achten“, erinnerte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton auch den US-Unternehmer Elon Musk bei einer Übernahme des Kurznachrichtendienstes Twitter an die Einhaltung der europäischen Regeln.

Digitale Dienste

PANDEMIE

Kyriakides mahnt zu Wachsamkeit

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgerufen, im Kampf gegen die Corona-Pandemie nicht nachzulassen. „Die Pandemie ist noch nicht vorüber“, mahnte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. Konkret fordert die Kommission die Mitgliedstaaten unter anderem auf, mehr zu impfen und zu boostern und dabei das gleichzeitige Auftreten von COVID-19 und der saisonalen Grippe zu berücksichtigen sowie integrierte Überwachungssysteme einzurichten. „Jetzt, wo die Versorgung mit Impfstoffen keine Herausforderung mehr ist, müssen wir mehr für den weltweiten Impfschutz tun. Was wir heute in der EU und weltweit entscheiden, wird großen Einfluss darauf haben, wie sich Corona in den kommenden Jahren auf unser Leben auswirken wird“, sagte Kyriakides.

Darüber hinaus kündigte die Kommission Maßnahmen zur Sicherstellung belastbarer Lieferketten während der Pandemie sowohl für die medizinischen Gegenmaßnahmen als auch für wichtige Erzeugnisse in anderen industriellen Bereichen an.

Vorsorge vor nächster Pandemiephase

PRESSEFREIHEIT

Kommission stärkt Journalisten im Kampf gegen Einschüchterungsklagen

Die EU-Kommission hat einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, um Berichterstattende und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in Europa vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren zu schützen. So können unbegründete Klagen schneller vorzeitig eingestellt werden. Zudem können die Kosten der Verfahren einfacher auf den Kläger übertragen werden. Urteile aus Drittstaaten gegen unliebsame Berichterstattung müssen von den Mitgliedstaaten nicht übernommen werden. Unrechtmäßig Beklagten steht zudem Schadenersatz zu. Die sogenannten SLAPP-Klagen (Strategic Lawsuits against Public Participation – Strategische Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit) zielen darauf ab, unliebsame Berichterstattung durch einschüchternde Klagen zu unterbinden.

Die EU-Kommission hatte vor zwei Jahren einen Aktionsplan für Demokratie vorgelegt, der unter anderem auch die Stärkung der Pressefreiheit vorsieht. So hatte die Kommission zuletzt die Förderung von europaweit zehn Vorhaben für grenzüberschreitenden Journalismus mit insgesamt 8 Mio. Euro bekanntgegeben, darunter auch Initiativen der deutschen Mediaagenturen n-ost und Hostwriter.

Medienfreiheit

GEISTIGES EIGENTUM

EU schützt regionale Handwerkserzeugnisse

Nach dem Erfolg des Systems der geografischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Nürnberger Lebkuchen hat die EU-Kommission einen Vorstoß zum Schutz handwerklicher Produkte wie Solinger Messer vorgelegt. „Europa verfügt über ein außergewöhnliches Erbe an handwerklichen und industriellen Produkten von Weltruf. Es ist an der Zeit, diesen Herstellern ein neues Recht des geistigen Eigentums zu verleihen, dass das Vertrauen in ihre Produkte sowie deren Sichtbarkeit erhöht, indem es für ihre Authentizität und ihren Ruf bürgt“, so Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

Durch den Schutz der Produktbezeichnung können Kundinnen und Kunden die Qualität regionaler Produkte leichter erkennen. „Die Initiative wird auch zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen beitragen“, sagte Breton. Die EU-Kommission hatte bereits im November 2020 einen Aktionsplan zum Schutz geistigen Eigentums für Entwicklungen in der EU vorgeschlagen.

Geistiges Eigentum

ASYL- UND MIGRATIONSPAKET

Europa setzt gegen **Fachkräftemangel** auf **Talente von außen**

Um dem Fachkräftemangel in Europa zu begegnen, will die EU-Kommission den Zugang von Arbeitskräften aus Drittstaaten zum europäischen Arbeitsmarkt erleichtern. „Mit den heutigen Initiativen erkennen wir an, dass sich die legale Migration in allen Phasen positiv auswirkt: Sie gibt denjenigen, die einwandern wollen, die Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern, und stellt gleichzeitig mehr qualifizierte Arbeitskräfte für die Aufnahmeländer bereit, die wiederum die Wirtschaft für alle ankurbeln“, sagte Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission bei der Vorlage der Initiative in Brüssel.



Mit ihrer Initiative will die Kommission die EU für Drittstaatsangehörige attraktiver machen und zugleich Arbeitgebern in Europa dabei helfen, die benötigten Fachkräfte zu finden.

> Der demografische Wandel mit einer älter werdenden Gesellschaft lässt die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in der Europäischen Union sinken. Die Pandemie hat den Fachkräftemangel in Europa noch verschärft, in der Pflege, aber auch in anderen Bereichen wie auf dem Bau, der Landwirtschaft oder in der IT. Dem will die Kommission entgegenwirken. „Legale Migration ist unerlässlich, damit sich unsere Wirtschaft erholt, der digitale und ökologische Wandel bewältigt wird und sichere Wege nach Europa geschaffen werden, bei gleichzeitiger Verringerung irregulärer Migration“, erklärte Innenkommissarin Ylva Johansson.

Die neue Initiative erfolgt im Rahmen des gemeinsamen Asyl- und Migrationspakets der EU. Der Vorschlag der Kommission, dem die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament noch zustimmen müssen, sieht unter anderem vor:

> **Unbürokratische Arbeitserlaubnis:** Der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt wird oft durch aufwändige Bürokratie in den Mitgliedstaaten verzögert. Die Kommission strebt an, den Zugang für Fachkräfte zu vereinfachen. So wird künftig innerhalb von vier Monaten über eine Arbeitserlaubnis entschieden, EU-weit greifen dabei die gleichen Regeln. Nach fünf Jahren Beschäftigung in der EU wird die Arbeitserlaubnis entfristet, Stu-

dien- und Ausbildungszeiten werden anerkannt. Eine befristete Arbeitserlaubnis gilt künftig in allen Mitgliedstaaten und ist nicht allein auf einen Arbeitgeber beschränkt. „Mit dem Vorschlag vereinfachen wir das Antragsverfahren für Aufenthalt- und Arbeitserlaubnisse in der EU und stärken die Rechte der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen“, sagte Johansson. So wird auch die Zusammenführung von Familien vereinfacht.

> **Talentpool:** Arbeitskräfte, die in Europa eine Beschäftigung anstreben, können sich künftig vorab über ein Stellenportal im Internet bewerben. Das erleichtert es Unternehmen, gezielt Fachpersonal anzuwerben. Angestrebt wird, dass die Online-Börse schon Mitte des kommenden Jahres an den Start geht. Bereits in diesem Sommer läuft ein erstes Pilotprojekt an: Vertriebene aus der Ukraine, denen die EU generell eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis gewährt, können sich über ein entsprechendes Portal EU-weit um Stellen bewerben.

> **Talentpartnerschaften:** Die Kommission schlägt vor, mit Ländern außerhalb der EU gezielte Talentpartnerschaften zu vereinbaren, um Arbeitskräften den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die Partnerschaften beinhalten auch, durch Entwicklungszusammenarbeit Fachkräfte im Herkunftsland auszubilden. Erste Abkommen sind mit Ägypten, Marokko und Tunesien geplant – Länder, mit denen einzelne Mitgliedstaaten bereits entsprechende bilaterale Abkommen besiegelt haben. Später sollen Staaten in Afrika und Asien wie Bangladesch, Pakistan, Niger und Senegal folgen.

„Ich bin zuversichtlich, dass wir damit einen soliden Weg gefunden haben, Europa für Menschen attraktiv zu machen, die ihre Qualifikationen in das Europa von heute und morgen nutzbringend einbringen können“, sagte Johansson. Derzeit leben und arbeiten rund 23,7 Mio. Menschen aus Nicht-EU-Staaten in der Europäischen Union. Das entspricht rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU. Auf legalem Weg reisen derzeit rund 2,3 bis 3 Millionen Menschen jährlich in die EU ein, um sich hier niederzulassen. Zum Vergleich: Die Zahl der illegalen Einreisen liegt bei jährlich rund 125.000 bis 200.000. (pr) >|

■ *Legale Migration vereinfachen*

SCHENGEN-RAUM EuGH stärkt Reisefreiheit

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat strenge Bedingungen für Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums gesetzt. Vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen dürfen über die Frist von sechs Monaten hinaus nur verlängert werden, wenn dafür neue Gründe vorliegen, urteilten die Richter. Im konkreten Fall ging es um die Rückkehr zu Kontrollen an der Grenze zwischen Österreich und Slowenien, die Österreich mehrfach verlängerte. „Die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen muss eine Ausnahme bleiben“, mahnte der EuGH.

REGIONALER ZUSAMMENHALT

Kommission gibt 20 Mrd. Euro für neue Projekte in Deutschland frei

Die EU-Kommission hat Deutschland für die Jahre bis 2027 rund 20 Mrd. Euro zur Förderung des regionalen und gesellschaftlichen Zusammenhalts im Zuge der europäischen Kohäsionspolitik genehmigt. „Die kohäsionspolitischen Investitionen werden Innovation, soziale Inklusion, Energieeffizienz und ökologischen Wandel fördern und den Bundesländern dabei helfen, widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger zu werden sowie Unterschiede innerhalb Deutschlands zu verringern“, erklärte Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen.

> Die erzielte Vereinbarung sei ein wichtiger Schritt für „dringend benötigte Investitionen, um nach der Pandemie das regionale Wachstum zu fördern und regionale Ungleichheiten auszugleichen“, ergänzte Ferreira. Im Fokus der Förderprogramme in Deutschland stehen Nachhaltigkeit und Klimaneutralität, um das Ziel der Bundesregierung zu unterstützen, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen. Daneben fließen rund 30 Prozent der Mittel in Digitalisierung und Forschungsförderung von Unternehmen. Auch werden erstmals Gelder im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund – JTF) für Deutschland eingesetzt, der Regionen wie die Lausitz unterstützt, die durch den Kohleausstieg besonders von den Herausforderungen der Klimawende betroffen sind.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung des sozialen Zusammenhalts, auf den mehr als 30 Prozent der zugesagten Fördermittel entfallen. So unterstützt der Europäische Sozialfonds+ (ESF+) berufliche Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen. „Der ESF+ wird in Deutschland maßgeblich dazu beitragen, den Menschen dabei zu helfen, neue und bessere Arbeitsplätze zu finden, die Kompetenzen zu erwerben, die sie für die angebotenen Arbeitsplätze benötigen, und ein Sicherheitsnetz für die Schwächsten der Gesellschaft zu knüpfen“, sagte Sozialkommissar Nicolas Schmit.

Insgesamt unterstützt die EU Vorhaben in allen 16 Bundesländern und grenzüberschreitende Projekte im Zuge des europäischen Förderprogramms Interreg. Dazu zählen zum Beispiel:

> **Bayern-Österreich:** Das Programm LogNetz bringt Logistik-Unternehmen in Bayern und Österreich zusammen, um grenzüberschreitende Warenwege und Lieferketten nachhaltig und sicher zu gestalten.



© Shutterstock

> **Brandenburg-Polen:** In der Region rund um Frankfurt an der Oder wird der Ausbau eines grenzüberschreitenden Radwegenetzes unterstützt. Ein spezieller Fonds fördert zudem Kleinprojekte mit bis zu 25.000 Euro.

> **Oberrhein:** In der deutsch-französischen Grenzregion Pfalz, Baden und Elsass werden bis 2023 unter anderem ein grenzüberschreitender Master-Studiengang Weinbau und Oenologie an den Standorten Neustadt an der Weinstraße in Rheinland-Pfalz und dem elsässischen Colmar gefördert. Auch eine bessere Bahnanbindung der Grenzregion um die pfälzische Universitätsstadt Landau an die europäische Metropole Straßburg wird unterstützt.

> **Schleswig-Holstein-Dänemark:** German Danish Innovation (GDI) heißt ein grenzüberschreitendes Projekt, das dänisches Design und deutsche Qualität zusammenbringt. Durch das von der EU geförderte Projekt erhalten Firmen in Schleswig-Holstein und Dänemark die Möglichkeit, sich bei Partnerunternehmen im anderen Land über Entwicklungsschritte und Produktionsabläufe zu informieren und Kräfte und Wissen zu bündeln.

„Diese Programme veranschaulichen das Wesen und die Stärke der europäischen Integration: Durch die Finanzierung einer engen Zusammenarbeit in den Grenzregionen und über Mitgliedstaaten hinweg tragen sie dazu bei, dass die Menschen Herausforderungen gemeinsam anstatt jeder für sich angehen“, erklärte Ferreira zur Freigabe der Mittel für Deutschland. (pr)

>

Mit den Mitteln aus dem EU-Kohäsionsfonds werden regionale Projekte wie etwa neue Radwege gefördert.

EU-Strukturfonds

Die EU unterstützt den gesellschaftlichen und regionalen Zusammenhalt über verschiedene Fonds. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fördert wirtschaftliche Aufholprozesse in strukturschwachen Gebieten, der Europäische Sozialfonds+ (ESF+) den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Aus- und Weiterbildungsprogramme oder auch Mittel für die Jugendgarantie. Der Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund – JTF) mobilisiert Mittel für Regionen, die die Klimawende vor besondere Herausforderungen stellt wie die Braunkohleregionen in Mitteldeutschland und der Lausitz. Der Europäische Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) fördert Projekte rund um Fischfang und -verarbeitung.

■ Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland

SOLIDARITÄTSKORPS

Ein Freiwilligendienst mit europäischer Perspektive

Für Judy Schubert stand die Perspektive Europa schon früh fest. „Mir war immer klar, dass ich nach der Schule erstmal einen Freiwilligendienst machen möchte – gern auch im europäischen Ausland“, sagt sie. Seit vergangenen August arbeitet Schubert im tschechischen Zábřeh.



© European Union, 2022 – Source: European Parliament

Der Freiwilligendienst der EU bietet erstmals die Möglichkeit, an humanitären Hilfsmaßnahmen weltweit teilzunehmen.

> Schubert leistet ihren Freiwilligendienst im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps (ESK). Das bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich europaweit für verschiedene soziale Projekte zu engagieren, von Hilfe für Menschen in Not bis zur Teilnahme an Initiativen in den Bereichen Gesundheit und Umwelt. Die Dauer des freiwilligen Einsatzes reicht dabei von zwei Monaten bis zu einem Jahr wie bei Judy Schubert.

14 Mio. Euro für deutsche Initiativen

Im Netz hat sich die Abiturientin aus dem Harz über verschiedene Möglichkeiten für ein freiwilliges soziales Engagement für die Zeit nach der Schule informiert. „Das Europäische Solidaritätskorps hat mir am besten gefallen“, sagt Schubert. Sie schätzt dabei vor allem auch die Freiheit, die die Trägerorganisationen jungen Menschen bei der täglichen Arbeit einräumen. „Es geht einfach darum, mit den Kindern in einer anderen Sprache zu reden. Mal an einem Projekttag zum Thema Müll. Mal einfach durch Konversation in einer Schulstunde.“ Den Kindern wird dabei schnell klar: Ganz ohne andere Sprachen geht's einfach nicht in Europa.

„Bei dieser prägenden Erfahrung bekommen junge Menschen die Möglichkeit, Gemeinschaften zu helfen und damit sichtbare Zeichen zu setzen“, sagt Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-

Kommission. Mit einem Gesamtbudget von rund 1 Mrd. Euro für die Jahre 2021 bis 2027 bietet das Solidaritätskorps mindestens 270.000 jungen Menschen in Europa die Möglichkeit, sich sozial zu engagieren – so wie Judy Schubert.

Allein in diesem Jahr stehen rund 138 Mio. Euro zur Verfügung, davon rund 14 Mio. Euro für Initiativen in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden dabei vier Bereiche: Inklusion und Vielfalt, demokratische Teilhabe, digitale Transformation sowie Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz. „Junge Menschen können die Welt verändern, und die Kommission trägt dazu bei, dass dies geschieht“, erklärt Schinas.

Künftig weltweit im Einsatz

Bislang war der Einsatz des Freiwilligendienstes auf Europa beschränkt. Mit dem neuen Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe besteht seit diesem Jahr erstmals auch die Chance, sich weltweit an solidarischen Programmen zu beteiligen. Die Freiwilligen im Bereich der humanitären Hilfe werden geschult und vorbereitet, damit sie über die erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen, um Menschen in Not wirksam zu helfen.

„Zum ersten Mal bietet das Programm die Möglichkeit, zu humanitären Hilfsmaßnahmen beizutragen. Wir werden auch Freiwillige für Aktivitäten und Projekte zur Förderung einer gesunden Lebensweise und des kulturellen Erbes mobilisieren“, sagt Schinas. Er ergänzt: „Solidarität ist ein zentraler Wert in unserer Union sowie mit unseren Partnern auf der ganzen Welt.“

Judy Schubert arbeitet noch bis Ende Juli in Zábřeh. Dabei lernt sie nicht nur Tschechisch, sondern auch viel über Kinder und die Herausforderungen ländlicher Regionen in Europa. Die Wohnung teilt sich Schubert mit einer Kollegin aus Polen. Natürlich wird derzeit auch viel über den Krieg in der Ukraine gesprochen. „Als direktes Nachbarland ist Polen da viel unmittelbarer betroffen“, sagt Schubert. Ihre Bilanz: „Der europäische Freiwilligendienst bietet ganz viele neue Perspektiven.“ (pr) >|

■ Solidarität

Zivile Hilfe

Das Europäische Solidaritätskorps (ESK) steht jungen Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren für soziale Tätigkeiten zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und 18- bis 35-Jährigen für internationale humanitäre Hilfsmaßnahmen offen. Auch soziale Träger können sich für die Finanzierung einer ESK-Stelle bewerben. Voraussetzung für die Träger ist ein Qualitätssiegel, das belegt, dass sie solidarische Tätigkeiten von hoher Qualität im Einklang mit den Grundsätzen, Zielen und Anforderungen des Programms leisten. Junge Menschen, die am Solidaritätskorps teilnehmen möchten, können sich informieren unter https://europa.eu/youth/solidarity_de

Europa in Zahlen

Vier

deutsche Startups werden im Zuge der Initiative Neues Europäisches Bauhaus für nachhaltiges Design von der EU gefördert. Europaweit werden 20 Initiativen unterstützt. Die Förderung erfolgt durch das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT). „Die ausgewählten Projekte sind nur der Anfang. Mit Unterstützung des EIT werden mehr Innovatoren und Unternehmer unsere Lebensräume und Erfahrungen bereichern und neugestalten“, sagte Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. Zu den in Deutschland geförderten Projekten zählen: Crafting Future, ein Unternehmen in Hannover, das Mehrweglösungen für den Handel entwickelt wie den Nachfüllbecher Recup. Breeze Technologie aus Hamburg, das Sensoren für die Luftqualitätsmessung erforscht. SchrottBienen aus Düsseldorf, eine Initiative, die sich um Recycling für Almetalle kümmert sowie Etalytics, ein Start-up aus Darmstadt, das intelligente Softwarelösungen zur Senkung des Energieverbrauchs vorantreibt. Die Initiative Europäisches Bauhaus war vor zwei Jahren von EU-Kommissarin Ursula von der Leyen vorgeschlagen worden, um nachhaltiges Bauen und Design in Europa zu fördern.

■ Neues Europäisches Bauhaus

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 02.05.2022 18.30–20.00 Uhr	„Freiheit und Klima: Wie können wir beides schützen?“ Diskussion/Auftaktveranstaltung zum Münchner Europa-Mai Veranstalter: Europe Direct München, Europäisches Parlament, EU-Kommission, Stadtbibliothek	Gasteig HP 8 Hans-Preißinger-Straße 8 81379 München	https://europa-mai.de/aktionen-im-europa-mai-2
> 08.05.2022	„Europa-Gipfel zu Kroatien“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa Union, Bezirksverband Niederbayern	Schloss Fürstenstein Burgstraße 94538 Fürstenstein	https://eu-bayern.de/bv-niederbayern/
> 08.05.2022 14.00–18.00 Uhr	„Europa*Rad – Das Demokratie*Rad dreht sich weiter“ Interaktive Workshops und Diskussionen Veranstalter: Bayerische Staatskanzlei, Landeshauptstadt München, Europäisches Parlament, Europäische Kommission, LMU München, Europa Union München	Umadum – Das Münchner Riesenrad Atelierstraße 11 81671 München	https://europa-mai.de/aktionen-im-europa-mai-2
> 04.05.2022 09.00–11.00 Uhr	„Einiges Europa – wichtiger denn je!“ Infostand zur Europawoche Veranstalter: Europa-Union Deutschland Ortsverband Glinde e.V.	Marktpassage Am Markt 21509 Glinde	www.europa-union-glinde.de/weitere-Seiten/Termine
> 07.05.2022 11.00–13.00 Uhr	„Flagge zeigen für Europa in der neuen Europastadt Wiesbaden“ Feierliche Enthüllung des ersten Stadtschildes der Europastadt Wiesbaden Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Europastadt Wiesbaden	Am Europabaum in der Europastadt Wiesbaden Am Markt 1 65187 Wiesbaden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28329
> 14.05.2022 14.00–22.00 Uhr	„Pfad der Visionäre – ein Zeichen für Europa“ Straßenfest zur Eröffnung des neuen Mehringplatzes Veranstalter: KUNSTWELT e.V. BERLIN, Vertretung der EU-Kommission in Deutschland	U-Bahnhof Hallesches Tor 10961 Berlin	www.berlin.de/sen/europa/europa-in-berlin/veranstaltungen/artikel.1185633.php

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EUROPATAG

Großes Fest in der Eurostadt Guben-Gubin

Am Samstag, den 7. Mai, laden die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments und die Vertretungen der Europäischen Kommission in Deutschland und Polen gemeinsam mit vielen Partnern ein, den Europatag 2022 in der deutsch-polnischen Eurostadt Guben-Gubin zu feiern. Die grenzüberschreitende Veranstaltung setzt ein Zeichen für Völkerverständigung, Frieden und Solidarität in einer Zeit, in der der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist. Zentrales Element ist ein Riesenrad am Neißeufer mit 26 Gondeln, von denen jede einzelne ihre Fahrgäste mit Europa-Geschichten aus der Region überrascht. Von 11 bis 22 Uhr gibt es auf der Theaterinsel ein Programm für die ganze Familie. Um 13 Uhr wird das Europafest offiziell eröffnet. (Weitere Termine zum Europatag finden Sie auf Seite 7)



■ *Europatag in Guben-Gubin*

FESTIVAL „BÜRGERBETEILIGUNG UND DELIBERATIVE DEMOKRATIE“

Ideen zum Thema Jugend und Demokratie gesucht

Im diesjährigen Europäischen Jahr der Jugend steht das Festival für Bürgerbeteiligung und deliberative Demokratie 2022 unter dem Motto „Jugendbeteiligung“. Dabei geht es um Fragen wie etwa: Was sind die Bedenken und Wünsche junger Menschen? Wie können junge Menschen besser in politische und Forschungsprozesse einbezogen werden? Gefragt sind dynamische, interaktive, informative und motivierende Ideen zum Thema Jugend sowie partizipative und deliberative Demokratie. Die Initiatoren, deren Idee ausgewählt wird, können ihre Sitzung selbst organisieren. Diese kann entweder vor Ort in Brüssel oder im italienischen Ispra oder online abgehalten werden. Schlusstermin für die Einreichung von Beiträgen ist der 15. Mai 2022.



■ *Jugend und Demokratie*

SPRING ACADEMY 2022

Wirtschaft – Klima – Zukunft? Transformation gestalten!

Wie kann eine der Zukunft zugewandte Welt von morgen schon heute entstehen? Wie können wir angesichts einer von der Klimakrise bedrohten Welt handlungsfähig bleiben? Wie kann ein solidarisches und nachhaltiges Europa angesichts des Kriegs in der Ukraine gestaltet werden – und welche Rolle spielen ökonomische Aspekte dabei? Die Europäische Akademie Berlin wird vom 12. bis 15. Mai 2022 für vier Tage zur Zukunftswerkstatt für neue ökonomische Bildung. In interaktiven Workshops, multimedialen Werkstätten und bei Exkursionen zu zukunftsweisenden Orten in Berlin sollen die Teilnehmer erkunden, welche unterschiedlichen Ansätze es gibt, Klimaschutz in Politik und Wirtschaft zu gestalten. Interessierte und engagierte Schülerinnen und Schüler zwischen 16 und 19 Jahren können sich noch bis zum 2. Mai bewerben.

■ *Spring Academy 2022*

BONN

Der Mai steht ganz im Zeichen Europas

Der Monat Mai steht in Bonn und auf dem ganzen Kontinent im Zeichen Europas. Am 7. Mai 2022 feiert die Stadt Bonn ihren jährlichen Europatag im Alten Rathaus und auf dem Marktplatz in der Innenstadt. Das diesjährige Motto lautet „Stories of Europe – Zeig mir dein Europa“. Von 11 bis 16 Uhr laden zahlreiche lokale Vereine und Organisationen zum Mitmachen ein und informieren über die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen zur Förderung und Stärkung der europäischen Freundschaft, die in und von Bonn aus organisiert werden.

Um 12 Uhr eröffnen Bonns Oberbürgermeisterin Katja Dörner und Patrick Lobis, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn, die Veranstaltung. Auf einer zentralen Bühne auf dem Marktplatz wird den ganzen Tag über ein abwechslungsreiches Programm geboten.

■ *Europatag in Bonn*

